

Aus Bund und Ländern

Forum zur Informationstechnik in der Medizin

BONN. In den nächsten sechs Monaten wird die Krankenversichertenkarte bundesweit eingeführt sein. Mit der Umstellung vom Krankenschein auf die Chipkarte sind nicht nur Fragen zum technischen Ablauf in der Praxis verbunden. Auch die Datenverarbeitung und der Datenschutz sind wichtige Aspekte.

Vor diesem Hintergrund findet am 15. und 16. September dieses Jahres im Bonner Hotel Bristol ein interdisziplinäres Forum zum Thema „Vertrauenswürdige Informationstechnik für Medizin und Gesundheitsverwaltung“ statt. Veranstalter sind die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung in Zusammenarbeit mit der Teletrust Deutschland e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie.

Die verschiedenen Aspekte des Themas werden unter anderem von Vertretern der Krankenkassen, Krankenhäuser und der Kassenärztlichen Vereinigungen beleuchtet. Das Forum will sich außerdem mit weiterführenden

Möglichkeiten der Chipkarte befassen. Dazu ist eine Podiumsdiskussion zum Thema „Von der Versichertenkarte zur Patientenkarte – die nächsten Schritte“ vorgesehen.

Einladungen und weitere Informationen sind über die Bundesärztekammer, Postfach 410220, 50862 Köln (Fax 0221/4004-388), oder über die Kassenärztliche Bundesvereinigung, Postfach 410540, 50865 Köln (Fax 0221/408039) zu erhalten. JM

Super-Reichweite für „medizin heute“

KÖLN. In der diesjährigen Media-Analyse bestätigt sich „medizin heute“ als reichweitenstärkstes Gesundheitsmagazin mit 1,8 Millionen Lesern und Leserinnen pro Ausgabe. Die Gesundheitszeitschrift konnte 240 000 Leser gegenüber dem Vorjahr hinzugewinnen. Das entspricht einem 15 prozentigen Zuwachs. Die Leserpro-Ausgabe-Reichweite verbesserte sich um 0,4 Punkte und liegt jetzt bei 2,9 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Damit wird „medizin heute“ jeden Monat durchschnittlich von doppelt so vielen Lesern genutzt wie die meisten Konkurrenten. EB

Umweltforschung: Mangel an Zusammenarbeit

KÖLN. Nach über zweijähriger Arbeit hat der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland verabschiedet. Darin stellt er fest, daß die Umweltforschung dank intensiver öffentlicher Förderung im letzten Jahrzehnt in vielen Sektoren kräftig ausgedehnt worden ist. In den meisten Gebieten habe sie einen hohen wissenschaftlichen Stand. Vielfach fehle es jedoch an fächerübergreifender Zusammenarbeit. Fachliche Defizite, zum Beispiel in Umweltmedizin, Tropenforschung und Stadtökologie, sollten rasch geschlossen werden. Eine weitere Empfehlung des Wissenschaftsrates lautet, Institute in den alten und den neuen Bundesländern enger miteinander zu verknüpfen und in europäische Strukturen und internationale Programme einzubinden. WZ

Krankenhäuser: Gegen Einheitspreise

DÜSSELDORF. Gegen die Empfehlung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung an die vertragsschließenden Krankenkassen, künftig nur noch reduzierte Höchstpreise in Höhe von 3 300 DM je Herzklappe zu zahlen, hat sich die Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG) gewandt. Für eine einseitige Preisempfehlung und -festsetzung seitens der Kassen gebe es keine Rechtsgrundlage, so die DKG. Zudem führe eine uniforme externe Preisfestsetzung ohne Berücksichtigung der Qualitätskriterien zu einer Verschlechterung der Versorgung.

Ohnehin hätte das einzelne Krankenhaus einen nur sehr bedingten Einfluß auf die Preisgestaltung der Anbieter von Herzklappen (in Deutschland sind es zehn). Falls oligopolistische Markt-

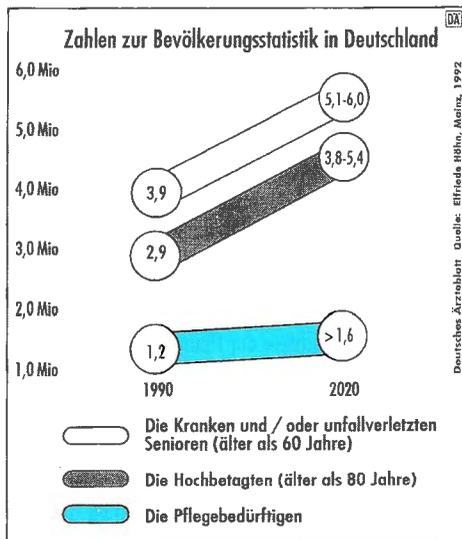
strukturen beklagt werden, sollten die Krankenkassen das Bundeskartellamt einschalten.

Keinesfalls seien die Krankenhausträger, insbesondere die Herzzentren, bereit, den Krankenkassen Auskünfte zu erteilen, „um die Argumentationsbasis gegenüber den Firmen zu verstärken“. Im übrigen hat der Dachverband der Krankenhausträger die Vorverurteilung einzelner Herzzentren und die damit verbundene Medienkampagne als eine „Zumutung“ verurteilt. EB

Rudolf Dreßler: Bundes-AOK

BONN. Für neue Ansätze in der Diskussion um die Organisationsreform der Krankenkassen hat sich der sozialpolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rudolf Dreßler, MdB aus Wuppertal, anlässlich einer Vorstandssitzung des AOK-Bundesverbandes ausgesprochen. Einzelne, finanziell notleidende und risikobenachteiligte Ortskrankenkassen sollten sich mittelfristig zu einer Bundes-AOK zusammenschließen können. Dreßler will damit vermeiden, daß die Allgemeinen Ortskrankenkassen schon kurzfristig im Wettbewerb scheitern und ganz untergehen. Nach 1997 gebe es für keine Krankenkasse und keine Kassenart mehr eine Bestandsgarantie und eine Subventionsgabe zugunsten einer weiteren Betätigung.

Dreßler lehnte einen erweiterten Risikostrukturausgleich ab, der auch die private Krankenversicherung einbezieht. Für eine Einbeziehung der PKV in den Strukturausgleich hatte sich kürzlich der neu gewählte Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), Prof. Dr. rer. pol. Martin Pfaff, ausgesprochen. HC



In den nächsten 26 Jahren nimmt die Zahl der Senioren (älter als 60 Jahre), die krank und/oder unfallverletzt sind, überdurchschnittlich zu, ebenso die Zahl der Hochbetagten (älter als 80 Jahre). Die Zahl der dauerhaft Pflegebedürftigen dürfte von 1,2 Millionen (1990) auf fast 1,6 Millionen im Jahr 2020 steigen.